

A-018/2019	<b>Eingegangen im Sekretariat der Oberbürgermeisterin</b> 12.03.2019	
	1578	Bd

## Beschlussantrag Nr. BA-019/2019

### Einreicher:

Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN, Fraktion  
DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### Gegenstand:

Ablehnung des Gesetzentwurfs "Gesetz zur Neustrukturierung des Polizeirechts des Freistaates Sachsen"

Kostendeckungsvorschlag:  
(Produktuntergruppe)

Beratungsfolge (Beiräte, Ortschaftsräte, Ausschüsse, Stadtrat)	Sitzungs- termine	Status		Beratungsergebnis		
		öffentlich/ nichtöffentlich	bestä- tigt	abge- lehnt	ohne Empfeh- lung	
Stadtrat	03.04.2019	öffentlich				

### Beschlussvorschlag:

- Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, gegenüber der Sächsischen Staatsregierung wie folgt zu erklären:

„Der Chemnitzer Stadtrat lehnt das für Sachsen geplante „Gesetz zur Neustrukturierung des Polizeirechtes des Freistaates Sachsen, insbesondere Artikel 2 – Gesetz über die Aufgaben, Organisation, Befugnisse und Datenverarbeitung der Polizeibehörden im Freistaat Sachsen (Sächsisches Polizeibehördengesetz – SächsPBG) – ab.

Die sächsische Staatsregierung wird aufgefordert, die in den bisherigen Anhörungen und Beratungen sowie öffentlichen Diskussionen geäußerten Kritiken und Hinweise betreffend die Balance zwischen den Eingriffsrechten des Staates und den Grund- und Freiheitsrechten der Bürger aufzugreifen und umzusetzen.“

Der Stadtrat bittet die Chemnitzer Landtagsabgeordneten, sich im Sächsischen Landtag entsprechend Punkt 1 einzusetzen.

*i.A. Felber      i.A. Anja Schale      i.A. Susann Mäder*

Unterschrift

### Begründung:

Der vorliegende Entwurf der neuen Polizeigesetze, u. a. zum Sächsischen Polizeivollzugsdienstgesetz, stellt eine massive Ausweitung der staatlichen Eingriffsbefugnisse dar, die in Grund- und Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger eingreifen werden und wird auch weitreichende Auswirkungen auf die Kommune und ihre dortigen Behörden haben. Hierzu verweisen wir auf den gemeinsamen Aufruf der 41 Organisationen im Bündnis „Polizeigesetz stoppen“. Auch kritische Stimmen der Polizeigewerkschaften wurden nicht berücksichtigt.